



**Berlin, 9. Juni 2022  
Nr. 32/2022**

An die Medien in Berlin, Brandenburg und Sachsen

**Warnstreik für höhere Monatslöhne:  
Erneut legen weit über 1000 ostdeutsche Stahlarbeiter\*innen die Arbeit nieder**

**Kurz vor der dritten Verhandlungsrunde für die Stahlindustrie Ost haben an diesem Donnerstag noch einmal rund 1200 Beschäftigte die Arbeit niedergelegt. In Eisenhüttenstadt traten bei ArcelorMittal sowie fünf Dienstleistern und Zulieferern 950 Stahlarbeiter\*innen in den Warnstreik. Bei den Schmiedewerken Gröditz beteiligten sich gut 250 Kolleg\*innen. IG Metall-Bezirksleiterin Birgit Dietze forderte die Arbeitgeber auf, bis zur nächsten Verhandlung am Montag ein Angebot für eine deutliche Erhöhung der Monatslöhne vorzulegen.**

„Die Zeit ist reif für ein verhandlungsfähiges Angebot der Arbeitgeber“, erklärte Birgit Dietze, IG Metall Bezirksleiterin Berlin Brandenburg Sachsen und Verhandlungsführerin für Stahl Ost, „Fast 3000 Stahlarbeiter\*innen haben sich in dieser und der vergangenen Woche an den Warnstreiks in Ostdeutschland beteiligt. Damit kann bei den Arbeitgebern kein Zweifel mehr an der Entschlossenheit ihrer Beschäftigten bestehen. Die ostdeutschen Stahlarbeiter\*innen sind bereit, die Warnstreiks nicht nur fortzusetzen, sondern auch deutlich auszuweiten.“

Zur Verhandlung am Montag sagte Dietze: „Bisher liegt nur ein Angebot für eine Einmalzahlung vor. Die Löhne müssen aber dauerhaft steigen, wenn die Preise dauerhaft steigen. Ein Angebot einzig mit einer Einmalzahlung passt nicht in eine Zeit, in der die Stahlunternehmen dank einer Sonderkonjunktur hohe Gewinne einfahren, von einer ungewöhnlich guten Auftragslage profitieren und zugleich eine hohe Teuerung die Beschäftigten dauerhaft und nachhaltig belastet. Wir brauchen eine deutliche Erhöhung der monatlichen Entgelte.“

Die IG Metall fordert in der Tarifrunde eine Erhöhung der monatlichen Entgelte um 8,2 Prozent. Darüber hinaus sollen die Tarifverträge zur Altersteilzeit, über den Einsatz von Werkverträgen und zur Beschäftigungssicherung verlängert werden. Die Arbeitgeber hatten in der ersten Verhandlung 2100 Euro Einmalzahlung angeboten. Die IG Metall hat dieses Angebot als in Struktur und Volumen völlig unzureichend zurückgewiesen und die Arbeitgeber aufgefordert, ein Angebot mit einer Erhöhung der monatlichen Entgelte vorzulegen. Dazu sind die Arbeitgeber bis heute nicht bereit.

Für Rückfragen: Markus Sievers, 0151 29 23 11 82